

Beschlussvorlage

DS 202/2015

öffentlich

Datum: 12.11.2015
Geschäftszeichen / Amt: 65 / Hochbauamt und Gebäudemanagement

Beratungsfolge: Sitzungstermin:
Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss 26.11.2015
Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss 03.12.2015
Ausschuss für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur 09.12.2015
Kreistag Stendal 17.12.2015

Betreff: Zusätzliche Büroarbeitsplätze aufgrund erhöhten Personalbedarfs

Beschlussvorschlag:

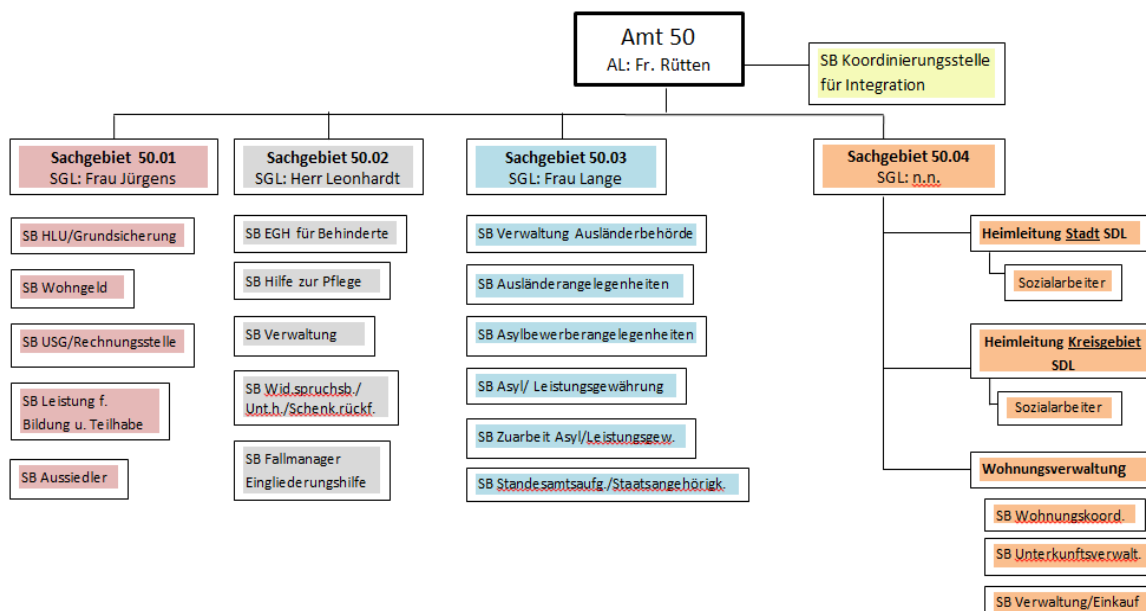
Der Kreistag beschließt den Kauf des Grundstückes einschl. Bebauung in 39576 Hansestadt Stendal. Der Landrat wird beauftragt, alle notwendigen Verhandlungen zum Abschluss des Kaufvertrages zu führen.

Carsten Wulfänger

Sachverhalt:

Aufgrund der bereits zu Beginn des Jahres ansteigenden Zahl der Asylbewerber wurde die Organisationsänderung durchgeführt und die dezentral in drei Ämtern angesiedelten Aufgaben im Sozialamt in den Sachgebieten Ausländer-/Asyl- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten und Asylbewerberunterbringung und -betreuung zusammengeführt.

Organisationsstruktur des Sozialamtes



Momentan sind das Sachgebiet Ausländer-/Asyl- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten (50.03) sowie das Sachgebiet Asylbewerberunterbringung und -betreuung (50.04) auf 3 Standorte verteilt: Hufelandhaus, Hospitalstraße, Möringer Weg. Zur Vorbereitung der Zentralisierung erfolgten im Hufelandhaus Umbaumaßnahmen, insbesondere wurden hier ein Empfangsbereich geschaffen und ein Kassensautomat installiert.

Seit dem III. Quartal 2015 zeichnete sich ein weiterer Anstieg der Flüchtlingszahlen ab, daraus resultiert ein noch höherer Personalbedarf für das Jahr 2016. Ursprünglich sollten 5 Arbeitsplätze aus den ehemaligen Bereichen in das Hufelandhaus eingegliedert werden. Aus den aktuellen Zahlen resultiert ein Personalbedarf in den neuen Sachgebieten Ausländer-/Asyl- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten und Asylbewerberunterbringung und -betreuung und mit den Koordinierungsstellen Integration, der ca. 60 Arbeitsplätze erfordert:

Sachgebiete/Bereiche	Erforderliche Arbeitsplätze
Ausländer-/Asyl- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	39
Asylbewerberunterbringung und -betreuung	19
Koordinierungsstellen Integration	2
Summe	<u>60</u>

Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen hat auch Auswirkungen auf andere Ämter und zieht somit einen höheren Arbeitsplatzbedarf nach sich.

Lässt man die nachstehenden Sachgebiete/Ämter aus dem Hufelandhaus ausziehen, so stehen 67 Arbeitsplätze zur Verfügung.

	IST Arbeitsplätze	Soll 2016	Mehrbedarf
Öffentliche Ordnung / Brand- und Katastrophenschutz	14	15	1
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	21	22	1
Schulverwaltungs- und Kulturamt	15	17	2
Hochbauamt- und Gebäudemanagement	17	20	3
Arbeitsplätze insgesamt	67	<u>74</u>	7

Somit könnten die Sachgebiete Ausländer-/Asyl- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten und Asylbewerberunterbringung und -betreuung und die Koordinierungsstellen Integration (60 Arbeitsplätze) an einem Standort zentralisiert und der Empfangsbereich und **Kassenautomat zweckentsprechend genutzt werden**. Im Hufelandhaus würden verbleiben:

ILS Altmark	15 Arbeitsplätze
Gesundheitsamt	42 Arbeitsplätze
Ausländer-/Asyl- und Staatsangehörigkeits- angelegenheiten (50.03)	39 Arbeitsplätze
Asylbewerberunterbringung /-betreuung (50.04)	19 Arbeitsplätze
Koordinierungsstellen Integration (50.00)	2 Arbeitsplätze
Summe	117 Arbeitsplätze

Freie bzw. perspektivisch frei werdende Büroflächen (Entwicklung der Asylbewerberzahl) könnten vermietet werden (z.B. niedergelassene Ärzte / Nähe zum Krankenhaus). Seit mehreren Jahren sind Räumlichkeiten im Hufelandhaus vermietet (Mieteinnahmen in 2015 – **58.700,00 €**).

Für 74 Arbeitsplätze (einschließlich Mehrbedarf) der anderen Ämter/Bereiche muss ein anderer Standort gefunden werden.



Variante A

Anmietung von Räumlichkeiten in verschiedenen Gebäuden

Variante B

Kauf eines zusätzlichen Verwaltungsgebäudes

Variante A

Der Landkreis würde an drei verschiedenen Standorten Büroflächen anmieten, um den Bedarf von 74 Arbeitsplätzen zu decken. Folgende Vorteile bzw. Nachteile würden sich daraus ergeben:

Vorteile:

- keine Objektbindung
- keine zusätzliche Objektbetreuung und -unterhaltung
- Beendigung der Mietverhältnisse bei Rückgang des Personalbedarfs

Nachteile:

- Mehrere Standorte – Zersplitterung des Landratsamtes – bürgerunfreundlich
- erschwerende Zusammenarbeit der Fachämter
- Hoher Aufwand für zentrale Dienste und Post
- 2 Umzüge (ca. 60 T€)
- begrenzte Anzahl an Parkplätzen

Variante B

Der Landkreis würde ein Bürogebäude in Stendal kaufen, welches eine Kapazität von 82 Arbeitsplätzen hat. Die Umsetzung der folgenden Ämter wäre möglich:

Belegung	Bedarf der Arbeitsplätze (inkl. Mehrbedarf 2016)
Sachgebiet Öffentliche Ordnung / Brand-, Katastrophen-/Zivilschutz	15
Hochbauamt-u. Gebäudemanagement	20
Schulverwaltungs-u. Kulturamt (inkl. KVHS)	17
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungs- amt	22
Straßenbauamt	7
Summe	81

Derzeit ist das Straßenbauamt im BIC untergebracht, die Mietaufwendungen i.H.v. jährlich 10.945,62 € (Kaltmiete) könnten bei einer Umsetzung eingespart werden.

Bei der Variante B würden sich mehr Vorteile ergeben als Nachteile:

Vorteile:

- 1 Standort - Zentralisierung ausgelagerter Ämter
- geringer Aufwand für zentrale Dienste und Post
- 1x Umzug der Ämter (Landkreis Immobilie)
- Nähe zum Haupthaus (fußläufig)
- genug Parkplätze für Mitarbeiter und Gäste - ein Fuhrpark
- Anlegen von 50 zusätzlichen Parkplätzen möglich
- Schaffung von Freiraum für Gästeparkplätze Hospitalstraße
- Barrierefreier Zugang zu allen Ämtern

Nachteile:

- zusätzlichen Objektbetreuung und -unterhaltung